

PROTOKOLL

Niederschrift der Unterredung des Herrn D. Heinz Brunotte,
Präsidenten der Kanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland,
Hannover-Herrenhausen, Böttcherstr. 7, mit Herrn Dr. Hans Buch-
heim über Fragen der Religionspolitik der Nationalsozialisten.

Herr Brunotte wurde 1936 in die Kirchenkanzlei berufen und war
dort als Referent tätig; nach der Evakuierung der Kanzlei nach
Stolberg im Harz übernahm Oberkonsistorialrat Brunotte als
ältester ortsanwesender Sachbearbeiter am 14. April 1945 die
Leitung der Kirchenkanzlei. Im April 1946 schied er aus und
war als Oberlandeskirchenrat im Landeskirchenamt Hannover tätig.
Am 1. Juni 1949 wurde er als Nachfolger von D. Asmussen vom Rat
der EKD zum Präsidenten der Kirchenkanzlei bestellt.

Im Jahre 1945 ließ Präsident Brunotte verschiedene Berichte an-
fertigen

- über die Arbeitsweise der Finanzabteilungen,
- über die Methode, mit der die kirchlichen Druckschriften
eingeschränkt wurden,
- über den kirchenpolitischen Kurs der Deutschen Evangelischen
Kirchenkanzlei in den Jahren 1937 bis 1945,
- über Weltanschauung und Kirche in den Jahren 1933 bis 1945
(dies von dem ehemaligen DC Pfarrer Wienecke).

Die beiden letzten Berichte wurden dem Institut auf einige Monate
leihweise zur Verfügung gestellt.

Der ostpreußische Gauleiter Koch habe zuweilen Anwendungen von
Kirchenfreundlichkeit auch noch in den späteren Jahren des
Dritten Reiches gehabt. So zeigte er einem Kirchenmann einen
Brief Martin Bormanns an alle Gauleiter, den dieser im Juni 1941
über die Stellung des Nationalsozialismus zu Kirche und Christen-

tum auf die Anfrage eines anderen Gauleiters hin abgefaßt hatte. Über einen westfälischen Pfarrer kam der Brief anonym auch an den Geistlichen Vertrauensrat (während der Kriegszeit an der Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche beteiligt), der dieses Schreiben an die Reichskanzlei schickte mit der Bemerkung, dies sei wohl auch ein Stück Feindpropaganda, so wie die kurz vorher bekannt gewordenen 31 Sätze der Nationalen Reichskirche. Man bitte um eine ausdrückliche Erklärung, daß Bormann den Brief nicht verfaßt habe. Diese Erklärung kam nie. Dafür aber wurde Wieneke zu seinem großen Entsetzen mehrmals zur Gestapo bestellt, die behauptete, man wolle der Kirche nichts tun, sondern man suche nur das Schwein, das nicht dichtgehalten hat. Auch dem Pfarrer, der den Brief anonym zugesandt hatte, geschah nichts, obgleich die Gestapo ihn ausfindig gemacht hatte. Der Geistliche Vertrauensrat hatte mit seinem Trick aber erreicht, daß er das Dokument ohne Gefahr aufbewahren konnte.

Das Programm der Nationalen Reichskirche spielte eine gewisse Rolle in der großen Politik, da es von Roosevelt in einer Rede erwähnt und zu Angriffen gegen Deutschland benutzt wurde. Goebbels ging darauf auch in einer Entgegnung ein. Präsident Brunotte hält dieses Programm aber für eine Mystifikation. Es ähnele stellenweise bis in den Wortlaut hinein Formulierungen, die Ernst Bergmann gebrauchte.

Dr. Wieneke ist heute wieder Pfarrer in der Ostzone und über den Berliner EOK erreichbar. In Berlin war er seinerzeit Präsident Brunottes Kollege. Mit Hossenfelder zusammen hatte er die Reichsbewegung Deutsche Christen mitbegründet und trat anfangs als einer ihrer führenden Theologen hervor. Später aber wandte er sich in vielen Eingaben gegen die nationalsozialistische Kirchenpolitik. Endlich versuchte er in späteren Jahren die zerschlagene "Reichsrichtung" der DC in einer Gruppe zu erneuern - in Opposition gegen die Thüringer Richtung. Trotz aller seiner schlechten Erfahrungen war er aber bis zuletzt nicht in der Lage, einzusehen, daß ein Frieden zwischen Kirche und Nationalsozialismus unmöglich sei.

Ähnliche Fälle sind die der beiden Professoren Entz (Wien) und Fabricius (Breslau bzw. Berlin), die vor allem untereinander sehr

verwandt sind. Beide haben sich erst ganz für den NS eingesetzt und haben dann später unermüdlich und erfolglos in vielen mutigen Eingaben gegen die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten protestiert. Entz' Gauleiter Schirach habe übrigens auch zuweilen Anwandlungen von Vernunft gehabt.

Dr. Christian Kinder, zwischen Hossenfelder und Rehm Führer der Reichsbewegung DC, war ein wohlmeinender Mann, der aber für sein Amt zu wenig Beziehungen hatte. Er hat wohl Himmelfahrt 1933 viel zur Beilegung des Konfliktes zwischen Ludwig Müller und Hossenfelder getan. Sein Rücktritt als Führer der Reichsbewegung hatte wohl keine hochpolitischen Gründe. Kinder wollte in Schleswig-Holstein bleiben und wollte sich auch nicht weiter so stark exponieren.

Präsident Brunotte ist nicht der Meinung, daß die lutherischen Bischöfe 1934 im Kampf gegen den Rechtswalter Jäger gut getan hätten, enger mit Dr. Kinder zusammenzuarbeiten. Hingegen glaubt er, daß die Bekennende Kirche 1936 mit ihrem ganzen Gewicht in die Kirchenausschüsse hätte eintreten sollen. Generalsuperintendent D. Zoellner, der Vorsitzende des Reichskirchenausschusses, hätte übrigens die DC Dr. Rehms kaputt gemacht.

Am 15. Februar 1937 ordnete Hitler die Wahl einer verfassunggebenden Generalsynode an. Präsident Brunotte glaubt nicht, daß das von vorneherein nur ein Trick war, die Staatskirche einzuführen. Vielmehr habe man in Parteikreisen wohl erst in den folgenden Monaten sich klar gemacht, daß sich eine Goebbelswahl in der Kirche ja nicht durchführen ließ und daß es also eine schwere Niederlage der DC geben würde. Das wäre natürlich im Ausland als ein Votum des Volkes gegen die NS-Regierung überhaupt gewertet worden. Deshalb wurden die Wahlen im Sommer auf unbestimmte Zeit verschoben und im Dezember 1937 endgültig abgeblasen.

Für Kerrl war die Anordnung Hitlers ganz überraschend gekommen. Hitler zitierte ihn auf den Obersalzberg und wusch ihm den Kopf wegen des Scheiterns der Reichskirchenausschüsse; dann legte er den Erlaß über die Wahl fertig vor. Im Dezember war es dann Kerrls Aufgabe, in einigen Reden die Schuld für die Nichtabhaltung der Wahlen den Kirchen zuzuschreiben: die Kirchen seien in einem solch chaotischen Zustand, daß eine ordentliche Wahl nicht möglich sei.

(1936 hat nach Präsident Brunottes Meinung kein Projekt für eine Staatskirche vorgelegen)

Mitte 1937 (bis Mitte 1938) zog sich Kerrl von seinen Dienstgeschäften beleidigt zurück und überließ die Leitung des Kirchenministeriums weitgehend Dr. Muhs. Er selbst schrieb an seinem Buch, das man wohl als einen Antirosenberg bezeichnen kann, von dem er sich versprach, es werde die ganze nationalsozialistische Religionspolitik ändern, wenn Hitler es lässe. Kerrl, der einen großen Vorrat von Bibelsprüchen kannte, die er nur falsch anwandte, ging in seiner Politik von der These aus, der Nationalsozialismus müsse ohne christliche Grundlage zugrunde gehen. So war dann das Ziel seiner Bemühungen, zu einer staatskirchlichen Ordnung zu kommen, in der aber die christliche Substanz, wie er sie verstand, erhalten bliebe; sein von ihm selbst berufener Staatssekretär Muhs aber strebte die Staatskirche ohne Rücksicht auf die christliche Substanz an. Beide jedoch unterschieden sich von der Linie, die das Braune Haus in München verfolgte, welches die Kirche auf Vereinsrecht setzen wollte. In Parteikreisen wurde Kerrl vorgeworfen, er baue die Kirche ja auf, statt daß er sie abbaue.

Für die Schwäche des Kerrlschen Einflusses bezeichnend ist es, daß er auf die Einsetzung von Kirchenausschüssen und Finanzabteilungen in gewissen Gauen verzichtete, wo sich die Gauleiter seinen Anordnungen einfach widersetzten. Kerrl war eben in der Parteihierarchie nur "Kreisleiter" (von Peine).

Dr. Muhs war kirchlich interessiert und war im Kirchensenat von Hannover gewesen, den Marahrens im Oktober 1934 nach Jägers Rücktritt auflöste. Als es zum Krach zwischen Kerrl und Zoellner gekommen war, hat Kerrl im November 1936 Mährenholz erzählt, seine Frau habe ihn überredet Dr. Muhs zu nehmen, der aber gerade aus der Kirche ausgetreten war und nun wieder eintreten mußte.

Die Aera Muhs ist charakterisiert durch den terroristischen Gebrauch der an sich schon seit 1935 bestehenden Finanzabteilungen. Diese Finanzabteilungen zu benutzen, um das ganze kirchliche Leben abzdrosseln, ist Muhs' eigene und spezielle Idee. Muhs wollte auf diesem Wege die Schaffung einer Staatskirche erzwingen.

Obgleich er sich mit dieser Zielsetzung im Gegensatz zur Linie des Braunen Hauses befand, entsprachen die faktischen Ergebnisse seiner Politik doch den Wünschen der Partei: nämlich die Abdrosselung der Kirche.

Dr. Werner sei ein Mensch gewesen, der bei nichts, auch bei seinen eigenen Sache nicht mit dem Herzen dabei war. Er habe sich über seinen hohen Posten als Präsident der Kirchenkanzlei gefreut und über sein hohes Gehalt. Seine Geschäfte führte er nachlässig, weder in besonderer Freundschaft noch in besonderer Feindschaft zur Kirche. Doch hatte er die Neigung, bei jeder Gelegenheit sich bei Dr. Muhs Anweisungen zu holen und diese auch zu befolgen. Er sagte einmal, er träume davon, Kurdirektor in Baden-Baden zu sein; das sei die richtige Stelle für ihn.

Ebensowenig wie Dr. Muhs war auch Dr. August Jäger ein direkter Exponent der Partei, wenn er auch in seinen Methoden denen der Partei gleichkommt. Auch Jäger zielte ja auf eine Staatskirche ab - und er tat das aus sich heraus und nicht auf höhere Weisung hin. Er bluffte auch ganz auf eigene Faust, als er bei der Landeskirchenregierung in München einbrach. Er hatte dazu, trotz seiner Bitten, nicht die Unterstützung der Polizei bekommen und nahm deshalb seine Hausangestellten mit, die er als Polizisten ausgab.

Herr von Detten war ein Grandseigneur und Kavalier alter Schule. Seine Linie ist der des Freiherrn von Ledebur vergleichbar und entsprach auch in etwa der Linie Kerrl. Nach dem Auftreten von Dr. Muhs war es für v. Detten aber unmöglich weiter im Reichskirchenministerium zu bleiben.

Als einen sehr wichtigen Zeugen bezeichnete Präsident Brunotte den früheren Oberkonsistorialrat Th. Ellwein, der heute Lehrer an einem Mädchengymnasium in München ist (München, Wendel-Dietrich-Str.10/III). Ellwein hat dem Kreis um Kerrl sehr nahe gestanden und ist einer der Vertrauten des Ministers gewesen.

Prof. Grundmann war als Deutscher Christ in der Leitung der sächsischen Landeskirche, bis er 1936 abgebaut wurde. Er war der führende Theologe der DC.

Dr. Brachmann, der heute wieder mit Prof. Hauer zusammenarbeitet, war der eigentliche Verfasser der beiden Rosenbergschen Schriften gegen die "Dunkelmänner" und die "protestantischen Rompilger".

Wilhelm Stapel gehörte zum Ellwein-Kreis. Er ist aber sonst nicht eigentlich einer der kirchenpolitischen Gruppen zuzuordnen.

Marahrens war Bundesbruder von Frick (Blauer Sänger). Doch ist der Kontakt der beiden rein äußerlich geblieben.

Landesbischof Wurm ist in den ersten Jahren im Kirchenkampf nicht so sehr hervorgetreten. Erst 1943 entschloß er sich nach einer sehr schweren Krankheit, den Rest seines Lebens rücksichtslos im Kirchenkampf einzusetzen. Er hatte keine Beziehungen zu einflußreichen Parteiführern, sondern seine Verbindungen gingen mehr in die Richtung von Neurath und Weizsäcker.

Leffler und Leutheuser haben Hitler schon vor 1933 um einen Namen für ihre Bewegung gebeten (Deutsche Christen).

Ludwig Müller erzählte immer sehr stolz von einem Abendspaziergang mit Hitler am Strand von Königsberg. Dieser Gang soll sehr entscheidend gewesen sein. Müller hatte von Haus aus nichts mit den Deutschen Christen zu tun, sondern seine Stellung beruhte ganz auf der privaten Bekanntschaft mit Hitler.

Am 13. September 1941 erließ der Reichsstatthalter von Posen eine Verordnung über die Religionsgesellschaften im Warthegau. Diese Verordnung lief darauf hinaus, daß im rechtsfreien Raum des Warthegaues die Kirche auf Vereinsrecht gesetzt werden sollte, oder vielmehr auf ein Ausnahmerecht, das die Nachteile, aber nicht die Vorteile des Vereinsrechtes enthielt. Das Ganze war ein Experiment, die kirchenpolitische Linie des Braunen Hauses in die Praxis umzusetzen - durchgeführt von den beiden Beauftragten Dr. Krügers namens Birk und Meyer. Die Pfarrer des Warthegaues wandten zur Abwehr der staatlichen Eingriffe die gleichen Methoden an, die sie unter den Polen erprobt hatten, und die verantwortlichen Kirchenmänner verstanden es, in endlosen Verhandlungen zu nichts zu kommen. So konnten endgültige Entscheidungen bis zum Ende des Krieges in der Schwebe gehalten werden. Dabei mußte aber die Kirche die ganzen Jahre hindurch ohne offizielle Beiträge leben, da ja auch die "Vereinsbeiträge" staatlich festgelegt werden sollten. Nur die Pfarrergehälter wurden von Berlin aus überwiesen. Als Greiser in Posen dafür das Postscheckkonto sperren ließ, gelang es, diese Angelegenheit an Hitler heranzubringen, der morgens am Frühstückstisch entschied, Greiser solle nicht den Pfarrern ihre Gehälter sperren. Er verhinderte hier, wie auch in anderen Fällen, eine Überspannung des Bogens - doch sind alle diese seine Entscheidungen

eigentlich von Laune und Zufall bestimmt gewesen und sind nicht als Ausdruck einer bestimmten Linie zu werten. (Näheres über das Warthegau-Experiment in Präsident Brunottes Bericht über die Politik der Kirchenkanzlei.)

Der Initiator der Godesberger Erklärung war Kerrl mit seiner weltanschaulichen Konzeption. Der Anlaß für die Erklärung darf wohl in der hohen Politik gesucht werden. Kerrl glaubte nämlich anfangs 1939, daß bei Hitler (wohl wegen des kommenden Krieges ?) die Lage günstig sei für einen Vorstoß zugunsten der Kirche - wenn man nur auf einer genügend breiten Front eine akzeptable Erklärung über das Verhältnis von Kirche und NS geben könne. Diese Gunst der Stunde ist wohl in Hitlers Rede vom 30. Jan. 1939 ausgedrückt. Die in dieser Rede genannten Zahlen über die an die Kirche abgeführten Beträge sind allerdings grotesk. Sie stammen vom Finanzministerium, das als Kirchensteuer einfach 10 % der Einkommensteuer berechnete. An der tatsächlichen Abfassung der Godesberger Erklärung war Lic. Ellwein beteiligt, der die Front der Zustimmungen bis hin zu Marahrens erweitern zu können hoffte und auch mit der Akklamation der Pfarrervereine rechnete. In beiden Fällen aber hatte er sich getäuscht.

Daß die von Ellwein gebrachten Formulierungen unhaltbar seien, sah Kerrl selbst ein, der sich auch selbst um eine neue bessere Abfassung bemühte. So entstanden die 5 Grundsätze, von denen der theologisch beste, der vierte, von Kerrl ganz persönlich stammt. Diese 5 Grundsätze zu unterschreiben, fand sich Marahrens bereit. Wenn er auch später selbst zugab, daß er da einen Fehler gemacht hatte, darf man doch keinesfalls diese Grundsätze nur als eine Variation der Godesberger Erklärung ansehen, wie das die Bekennende Kirche tut. Die Grundsätze stammen vielmehr von ganz anderen Leuten (u.a. von Schomerus) und aus einem ganz anderen Geiste (Luthers Theologie der beiden Reiche).

Wenn von Kittel später behauptet wurde, er habe die Godesberger Erklärung nie unterschrieben (obgleich sein Name in den Veröffentlichungen erschien), so gibt es daneben noch andere Fälle von Unterschriften, die angeblich zu Unrecht unter Dokumente gekommen waren. Wieneke und Ellwein behaupten z.B. sie hätten nie die Gründungsproklamation des Institutes zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben unterschrieben.

In einer Denkschrift über Kolonialpolitik wurde 1937 die Frage erörtert, ob man in zukünftigen deutschen Kolonien Missionare zulassen solle oder nicht. In Unkenntnis der Tatsache, daß die Neger weitgehend zu modernem Proletariat geworden sind, sprach man sich dafür aus, es solle nicht missioniert, sondern Kultus und Rechtsprechung sollte im alten Stile wieder eingeführt werden.

Zur Geschichte des Kirchenkampfes führte Präsident Brunotte noch im allgemeinen aus:

1940 habe es eine Weisung Hitlers an den Kirchenminister gegeben, daß für die Dauer des Krieges in der Kirchenpolitik der Status quo erhalten werden solle. Von 1941 an sei man an Hitler nicht mehr herangekommen, außer in ganz seltenen Fällen über Lammers. So habe sich Marahrens auf diesem Wege über Dr. Coelle beschweren können, der auf Grund der Muhs'schen Finanzabteilungspolitik in Hannover einen Ausverkauf der Kirche praktizierte. Daraufhin wurde Landgerichtsrat Haugg vom Kirchenministerium zum Friedensschluß nach Hannover geschickt. Diese Aktion wurde dadurch möglich, daß Coelle ein Kumpan von Dr. Muhs war und daß dieser aber in seiner Kirchenpolitik nicht die Parteilinie hatte.

Im Reichskirchenministerium gab es zwei Gruppen von Beamten:

1. der aus dem Kultusministerium übernommene Beamtenapparat alter Schule, dem die Parteistellen nie recht trauten,
2. die von der Partei neu hineingesetzten Leute, wie z.B. der unangenehme SS-Angehörige Albrecht.

Man solle die Kirche doch einfach versacken lassen, soll Hitler schon 1934 gesagt haben. Die Gefahr, daß die Kirche wirklich versackt, soll aber 1942 bestanden haben.

1943 wurde die Einberufung von Pfarrern in die Wehrmacht gestopt, aber es fanden auch keine Entlassungen statt. Die Arbeit der Kirche in der Wehrmacht wurde dadurch sehr erschwert, daß der Chef der Abteilung Inland im OKW, General Reinécke (dem die kirchlichen Angelegenheiten unterstanden) positiv kirchenfeindlich war.

Hess' Toleranzedikt von 1933 sei tatsächlich auf Veranlassung der Deutschen Glaubensbewegung erlassen worden und sei der erste schwere Schlag gegen die Deutschen Christen gewesen.

Präsident Brunotte teilte noch mit, daß zwar in einzelnen Landeskirchen zur Geschichte des Kirchenkampfes Darstellungen vorbereitet würden, daß aber niemand von der EKD beauftragt sei, systematisch Forschung zu betreiben. Die Akten der Kirchenkanzlei seien jetzt noch in Berlin, sollten aber im Laufe der nächsten Monate nach Westdeutschland gebracht werden.

Die Forschungen über die Vorgänge des Jahres 1933 würden wohl dadurch erschwert, daß die Deutschen Christen über vieles gar keine Akten geführt hätten. - Im übrigen sei es vor allem wichtig, daß man in einer Darstellung die Verschiedenheiten der Gruppen und Tendenzen innerhalb der NS-Bewegung herausarbeite und nicht mehr, wie in bisherigen Veröffentlichungen, in der Kirchenpolitik der Nationalsozialisten einen einzigen bis in die Kleinigkeiten durchdachten diabolischen Plan sehe, sondern die Kontroversen, Planlosigkeiten und Zufälligkeiten deutlich erkennbar mache.

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit vorstehender Niederschrift meiner Unterredung mit Dr. Hans Buchheim und erteile mein Einverständnis, daß das Institut im Rahmen seiner wissenschaftlichen Publikationen von meinen Äußerungen Gebrauch macht, bzw. sie veröffentlicht.

Hannover, den 22. März 1954

.....
D. Brunotte

 D. Heinz Brunotte
 Präsident der Kirchenkanzlei
 und des Luth. Kirchenrates
 ② Hannover
 Alleestr. 34